

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen
Forschung
Band: - (1994)
Heft: 21

Artikel: Unsere soziale Sicherheit endlich erforscht
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-550989>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unsere soziale Sicherheit endlich erforscht!

Als das *Nationale Forschungsprogramm 29* über soziale Sicherheit an lief, herrschte in der Schweiz Hochkonjunktur. Heute stehen die wissenschaftlichen Projekte vor dem Abschluss, und unser Land kämpft mit Problemen der Arbeitslosigkeit und der Armut. Aktueller könnten die Ergebnisse des NFP deshalb kaum sein, zumal AHV, Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherungen im Parlament heiss diskutiert werden – und es wohl auch an der Zeit wäre, die Sozialhilfe gründlich zu überdenken.

Würde man alles Geld in den Kassen unserer Sozialversicherungen auf einen Haufen legen, könnte sich die ganze Schweiz davon ein Jahr lang Ferien leisten. Das gesamte Vermögen von AHV, IV, ALV, obligatorischer beruflicher Vorsorge usw. beläuft sich nämlich auf gut 300 Milliarden Franken, was nahezu dem jährlichen Bruttoinlandprodukt der Eidgenossenschaft entspricht.

Dieser Vergleich soll freilich keine falschen Hoffnungen wecken, sondern bloss aufzeigen, welche wichtige Rolle das System der finanziellen Vorsorge, Versicherung und Solidarität in unserer Volkswirtschaft spielt. Sozialausgaben machen den grössten Budgetposten sowohl im staatlichen wie auch im privaten Haushalt aus! Aus diesem Grund stehen die Sozialbeiträge und deren Umverteilungsmechanismen im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion. Dass soziale Fragen die Politik derart intensiv beschäftigen und Entscheidungen so schwierig zu treffen sind, darf nicht erstaunen: Bei jedem Eingriff steht das gesellschaftliche Gleichgewicht auf dem Spiel.

Erstaunlicherweise hat sich die Wissenschaft lange Zeit nur am Rand mit solchen Problemen befasst; es gibt nicht einmal einen entsprechenden Lehrstuhl an unseren Hochschulen. Das Nationale Forschungsprogramm 29 «Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit» leistete daher Pionierarbeit. Geleitet wird das NFP von Prof. Jürg H. Sommer an der Universität Basel; ihm zur Seite steht Prof. Jean-Pierre Fragnière von der Universität Genf.

Als der Bundesrat dem Nationalfonds 1987 den Auftrag zur Durchführung des NFP 29 erteilte, herrschte in der Schweiz Hochkonjunktur. Wichtiger als die soziale Sicher-

heit erschien damals den Leuten die Frage nach der Wahl des Wagentyps oder des Ferienziels. Arbeitslosigkeit und «neue Armut» waren ausserhalb des Erfahrungshorizontes – auch der Programmverantwortlichen. Deshalb standen am Beginn des NFP 29 die Probleme der Überalterung und der Familienkrise: Für die Zeit nach dem Jahr 2000 sagten Statistiken höhere Sterbe- als Geburtenraten voraus, und bei 30 Prozent geschiedener Ehen stieg die Zahl der Alleinerziehenden stetig an...

Heute sind die meisten der 26 Forschungsprojekte beendet oder stehen vor dem Abschluss. Ihr Start erfolgte praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit; inzwischen sind die Resultate von höchstem Interesse für die betroffene Bevölkerung. Pensionierungsalter, Entschädigungsmodus bei Arbeitslosigkeit, neue Armut, Sozialhilfe mit Steuergeldern, Gesundheitskosten: Wie lässt sich, so lautet überall die Grundsatzfrage, am meisten mit beschränkten Mitteln erreichen? Plötzlich sehen sich die Wissenschaftler des Nationalen Forschungsprogrammes dem starken Interesse von Medien, Wirtschaft und Politik gegenüber.

Haushälterischer Umgang mit Sozialfranken – leichter gesagt als getan. Auch das NFP 29 kennt keine einfachen Antworten. Zweck des Vorhabens war übrigens gar nicht das Finden von Patentrezepten, sondern eine sorgfältige Bestandaufnahme der komplexen Szene und das Stellen kluger Fragen. Mit andern Worten, das Programm soll Entscheidungsgrundlagen liefern und Denkanstösse vermitteln. Den richtigen Weg muss dann unsere demokratische Gesellschaft selber finden.



Opereale civico, Lugano

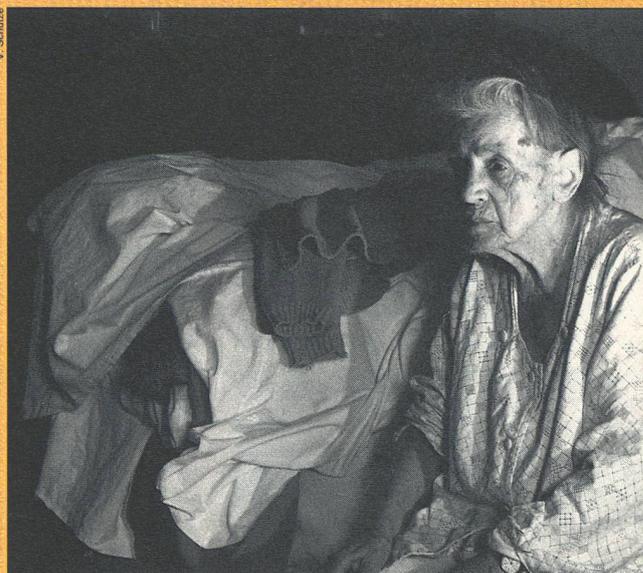
Als Früchte des NFP 29 sind bereits ein gutes Dutzend Publikationen erschienen. Weitere sollen noch veröffentlicht werden, darunter Ende 1995 die Ergebnisse der Studie «Armut in der Schweiz». Diese Schriften dürften kaum in Bibliotheken Staub ansetzen, sondern die öffentliche Diskussion beflügeln helfen. Garantie dafür ist schon die «Schirmherrschaft»: Zur Expertengruppe, welche die Ziele des Forschungsprogrammes festlegte, zählen Entscheidungsträger aus Politik und Berufswelt sowie Spezialisten aus Versicherungen und Verwaltung (so Vertreter der Bundesämter für Statistik und Sozialversicherungen).

Geschiedene im Rentenalter bilden eine «Zeitbombe»

Hier einige aufschlussreiche Resultate. Im Gegensatz zur Volksmeinung gehören Alleinerziehende nicht von vorneherein zur Gruppe der Hilfsbedürftigen. In zwei Dritteln der Fälle kommen sie aus eigener Kraft bestens über die Runden. Auch ein anderes Vorurteil lässt sich widerlegen: Gesamthaft gesehen bedeutet die Überalterung zumindest in den nächsten zwanzig Jahren keine Gefahr für unseren Sozialstaat, dessen AHV in Umfragen übrigens als wichtigste Errungenschaft der Schweiz genannt wird. Einerseits bleibt der Generationenvertrag unangefochten: Die Jungen zwischen 16 und 20 – so zeigen Interviews – wollen weiterhin für die Pensionierten bezahlen. Zum andern erlaubt die «zweite Säule» (obligatorische berufliche Vorsorge) breiten Kreisen einen Ruhestand ohne finanzielle Sorgen.

Eine wahre «Zeitbombe» bedeutet hingegen die wachsende Zahl geschiedener Frauen ohne zweite Säule, die im Rentenalter nicht von der Pension eines Ehemannes profitieren können. Mit der AHV-Minimalrente und einer

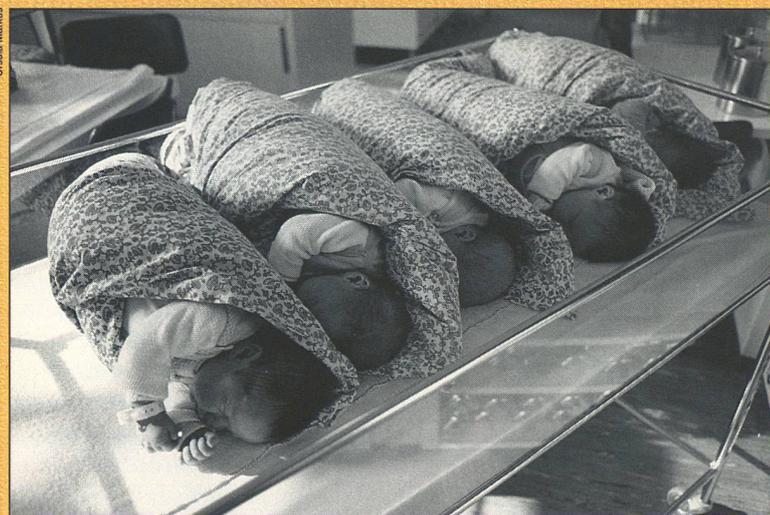
anker: «neue Arme» und – in zunehmendem Mass – ausgesteuerte Arbeitslose. Grundsätzlich handelt es sich bei der Sozialhilfe nicht um Geschenke, sondern um Darlehen, die nach einem wenig durchsichtigen System von Kantonen und



Gemeinden gewährt werden. Das Vorgehen bei der Beitragsleistung und die Regelung der – in manchen Fällen ohnehin aussichtslosen – Rückzahlung ist dabei von Kanton zu Kanton verschieden. Während der eine systematisch zur Schulden tilgung auffordert, verzichtet der andere darauf, seine Sozialhilfebezügler auch nur zu mahnen. Sogar innerhalb der Kantone gibt es Unterschiede: Erfahrungsgemäss erhält man in der Stadt leichter Sozialhilfe als auf dem Land. Rechtsunsicherheiten bestehen ferner hinsichtlich der Ansprüche von Bezugsberechtigten wie auch hinsichtlich der Beitragshöhe. Für die Forschenden des NFP 29 war es übrigens alles andere als einfach, an die notwendigen statistischen Daten heranzukommen.

Das bisherige System der Sozialhilfe mochte genügen, solange die Armut nur ein Randproblem darstellte. Doch jetzt verlangt die veränderte Situation nach Ansicht der Fachleute eine Neuausrichtung. Insbesondere schlagen sie vor, es sei ein *garantiertes Mindesteinkommen* ins Auge zu fassen. Dadurch könnten die ergänzenden Leistungen der öffentlichen Hand an Leute mit niedrigen Löhnen wegfallen – wodurch auch die Steuerzahler entlastet würden, denn das Sozialhilfegeld regnet ja nicht vom Himmel.

«Wenn der Unbekleidete auf der Strasse ein Almosen erhält, werden dadurch die Pflichten des Staates seinen Bürgern gegenüber keineswegs erfüllt: nämlich allen Obdach, Nahrung, Kleidung und überhaupt eine der Gesundheit zuträgliche Lebensweise zu garantieren.» Dies schrieb 1748 der französische Philosoph Montesquieu. Bedenkenswert!



maximalen Lebenserwartung (im Mittel liegt sie sieben Jahre höher als jene der Männer) sind sie vielfach auf finanzielle Hilfe der öffentlichen Hand angewiesen.

Diese Unterstützung wird auch für andere zum Rettungs-

Wir danken der Redaktion «Krankenpflege» für die Ikonographie